

# „Stuttgart kann keinesfalls aufatmen“

## Feinstaubdebatte im Ausschuss für Umwelt und Technik – Keine vorgezogenen Fahrverbote

In der Feinstaubdebatte im Ausschuss für Umwelt und Technik haben sich gestern die Fronten verhärtet: Die Anträge von SPD und Grünen, die Fahrverbote wegen überschrittener Grenzwerte vorzuziehen, wurde von CDU, Freien Wählern und FDP abgelehnt.

Von Wolfgang Schulz-Braunschmidt

Im Ausschuss für Umwelt und Technik ist es gestern zu einer zeitweise sehr emotional geführten Debatte über das Reizthema Feinstaub gekommen. Auslöser waren Anträge der SPD und der Grünen, die forderten, Fahrverbote für ältere Fahrzeuge wegen der hohen Feinstaubwerte früher als vorgesehen in Kraft treten zu lassen. Die SPD hatte vorgeschlagen, die zweite Fahrverbotsstufe statt 2012, wie im Luftreinhalteplan vorgesehen, bereits 2010 in Kraft zu setzen. „Dann gelten noch schärfere Grenzwerte für Fein-

staub und Stickoxide“, betonte SDP-Stadträtin Roswitha Blind. Es gebe eine dramatische Zunahme der Stickoxide. „Wenn wir nicht gegensteuern, können wir die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte 2010 nicht einmal annähernd einhalten.“ Deshalb müsse das für 2012 vorgesehene Fahrverbot für Autos, welche die Euro-2-Norm nicht einhielten, bereits 2010 in Kraft treten. Blind: „Das ist ein mutiger, aber ein zumutbarer Schritt.“

Das sah die CDU ganz anders. „Es ist nicht unser Thema, den Autoverkehr zu verteufeln“, sagte Stadtrat Dieter Wahl. Es müssten alle Verursacher bedacht werden, zu denen auch der Hausbrand zähle. Außerdem sei nicht einmal klar, wie die Plakettenregelung für die im nächsten Jahr in Kraft tretende erste Fahrverbotsstufe aussehe. „Operative Hektik ist ein Zeichen geistiger Windstille.“

Auch Freie Wähler und FDP sprachen sich gegen vorgezogene Fahrverbote aus. Die Grünen warfen der Mehrheit im Ausschuss deswegen vor, keine Verantwortung für die

Gesundheit der Bürger zu übernehmen. Es sei auch Industrie und Handwerk zuzumuten, ihre Fahrzeugflotten mit Rußfiltern nachzurüsten. „Stuttgart kann keinesfalls aufatmen, wie die Stadt in ihrer peinlichen Kampagne behauptet“, so Stadtrat Michael Kienzle. „Sie missbrauchen das Recht“, warf sein Fraktionskollege Peter Pätzold CDU, Freien Wählern und FDP vor. Die SPD verwahrte sich gegen den Vorwurf, den Verkehr zu verteufeln. „Schauen sie doch mal in den Luftreinhalteplan“, empfahl Blind den Kritikern. Dort sei zu lesen, dass mindestens 65 Prozent der Feinstäube aus dem Verkehr und nur zwei Prozent von Hausbrand stammten.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag der SPD und ein weitergehender der Grünen abgelehnt. Hahn betonte, dass die Stadt noch auf genaue Daten warte, die man zur Umsetzung der ersten Fahrverbotsstufe brauche. Diese solle im Juli 2007 in Kraft treten. In Stuttgart seien etwa 18 000 Fahrzeuge, davon etwa 3500 Lastwagen, betroffen.